



HESSISCHER LANDTAG

11. 03. 2014

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt durch international abgestimmte Regulierung dauerhaft stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass die europäische und internationale Bedeutung des Finanz- und Börsenplatzes Frankfurt gewachsen ist. Neben der Europäischen Zentralbank haben sich zahlreiche internationale Banken, Versicherungsunternehmen, Finanzdienstleister und Behörden zur Finanzmarktregulierung in Frankfurt angesiedelt. Mehr als 70.000 hoch qualifizierte Arbeitsplätze und über 210 Kreditinstitute, davon mehr als die Hälfte Auslandsbanken, leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg der Rhein-Main-Region.
2. Die globale Finanzkrise hat gezeigt, dass die weitere Entwicklung des Finanzplatzes Frankfurt und der Erfolg des Euros auch von mehr Transparenz und einer angemessenen internationalen Regulierung der Finanzmärkte abhängen. Der Landtag bittet die Landesregierung deshalb, sich zur Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt auf dessen qualitative Leistungsfähigkeit zu konzentrieren und sich an regulatorischen Initiativen für einen langfristig funktionsfähigen und nachhaltig strukturierten Finanzmarkt zu beteiligen. Nötig sind international abgestimmte und innerhalb der EU einheitliche Regulierungsmaßnahmen, um einen fairen Wettbewerb unter den Finanzplätzen zu gewährleisten. Dabei müssen die Aufsicht, die Regulierung und die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte noch stärker aufeinander abgestimmt werden.
3. Der Landtag stellt fest, dass eine große Mehrheit des Deutschen Bundestages sich anlässlich der nationalen Umsetzung des Europäischen Fiskalpakts darauf verständigt hat, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz voranzutreiben. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Bundesregierung bei der Umsetzung dieses Vorhabens im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit in der Europäischen Union intensiv zu begleiten. Ziel muss es sein, die Finanztransaktionssteuer so auszugestalten, dass sie alle Finanzinstrumente umfasst. Im Interesse des Finanzplatzes Frankfurt müssen Ausweichreaktionen und die mit ihnen verbundene Schwächung des Standortes vermieden werden. Ebenso sind relevante negative Folgen der Steuer auf Instrumente der Altersversorgung, auf die Kleinanlegerinnen und Kleinanleger und auf die Realwirtschaft zu verhindern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 11. März 2014

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)